JUSOS OBERFRANKEN

Jusos in der SPD

Mai 2009

Ausgabe II / 2009

Rotes Bläddla

In dieser Ausgabe:

Aus dem Bezirksverband	2-3
Zitat der Ausgabe: Florian Pronold. MdB	3
Grußwort: Europakandidat Carlo Stauch	4
Europäische Verkehrswege-Sackgasse Ofrk?	5-6
Für ein soziales Europa	6
Kalender / Termine	7
Der Vertrag von Lissabon	8-10
Europaquiz	11
Seminareinladung	12

Themen in dieser Ausgabe:

- Grußwort von Carlo Stauch
- Der Vertrag von Lissabon
- Europäische Verkehrswege
- Ein soziales Europa

Schwerpunkt der nächsten Ausgabe:

„BUNDESPOLITIK“

Liebe Leserin, lieber Leser!

Gerade für uns junge Menschen bietet Europa oder vielmehr der europäische Einigungsprozess eine Vielzahl neuer Chancen und Möglichkeiten—egal, ob man während des Studiums ins europäische Ausland möchte, zum Arbeiten oder einfach nur zum Verreisen. Wir können dies heute ohne allzu große Hindernisse tun. Wir müssen im Idealfall nicht einmal mehr Geld wechseln. Insbesondere für viele Schülerinnen und Schüler ist es schon gar nicht mehr vorstellbar, dass dies einmal anders gewesen sein soll.

Ich war zwar erst neun als die Mauer fiel und doch erinnere ich mich gut an die Zeit als die Mauer noch stand, als der „eiserne Vorhang“ Deutschland und Europa teilte. Und es war für mich schon ein gewisser Schock als ich als Seminarleiter mit einer Schulklasse, das deutsch-deutsche Grenzmuseum in Mödlareuth besuchte und sie mit den dort gezeigten Sperr– und Grenzsicherungsanlagen überhaupt nichts mehr anzufangen wusste. Auf meine Nachfrage stellte sich heraus, dass die Schüler alle Jahrgang 1990 bzw. 1991 waren—sie konnten das also alles gar nicht mehr kennen. Genauso wird es den Kindern in zehn, zwanzig Jahren gehen, wenn sie durch Europa fahren. Sie kennen nur ein gemeinsames Europa ohne Schlagbäume, in dem man sich frei bewegen kann. Vorbei ist die Zeit, in der sich zwei Machtblöcke an einer Grenzlinie waffenstarrend belauern. Und das ist vermutlich der größte Gewinn, den uns die europäische Einigung brachte: ein friedliches Miteinander der europäischen Völker.

Leider wird dies allzu oft als selbstverständlich angesehen. Europa ist mehr als die „Gurkenrichtlinie“. Europa ist mehr als Bürokratie und Entscheidungen fern der Menschen, die sie betreffen. Gerade in den Zeiten des Europawahlkampfes wollen wir diese Botschaft unter die Menschen bringen und auf die Bedeutung der EU für uns und unseren Alltag hinweisen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen in der aktuellen Ausgabe unseres ***Roten Bläddla*** den Schwerpunkt trotz der nachwievor anhaltenden Wirtschafts– und Finanzkrise - wie angekündigt - bei der Europapolitik belassen.

Denn wir sind der Meinung, dass Europa und hier insbesondere die Frage, wie sich die EU weiterentwickelt, von elementarer Bedeutung für uns alle sind.

In diesem Sinne wünsche ich viel Spaß beim Lesen und verbleibe mit vielen Grüßen

Euer Oliver Jauernig

AUS DEM BEZIRKSVERBAND - Bezirkskonferenz der Jusos Oberfranken

Zur ordentlichen Bezirkskonferenz der Jusos Oberfranken, welche am 28. März 2009 in Bamberg stattgefunden hat, konnte der Juso-Vorsitzende Oliver Jauernig als Ehrengast die Bezirksvorsitzende der Oberfranken-SPD und Bundestagsabgeordnete Anette Kramme begrüßen.

MdB Kramme lobte in ihrem Grußwort die Arbeit der oberfränkischen Jusos, welche für die Partei einen wichtigen Beitrag leisten würden. Bezogen auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise erklärte sie, dass die Regierung mit den beiden beschlossenen Konjunkturpaketen einen wichtigen Beitrag geleistet habe, der Krise und ihren Auswirkungen entgegenzuwirken. Darauf könne man durchaus stolz sein, trügen die beiden Pakete doch eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. „Wir tun was und lassen die Menschen nicht einfach im Regen stehen," so Kramme. Sie betonte auch noch einmal die besondere Bedeutung der Europawahl am 07. Juni 2009. Die EU werde von den Menschen in ihrer Bedeutung zum Großteil unterschätzt. Umso wichtiger sei es, die eigenen Mitglieder für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang bat Kramme die Jusos auch um ihre Unterstützung für den Bundestagswahlkampf im Herbst diesen Jahres.

Der Bezirksvorsitzende der Jusos Oberfranken, Oliver Jauernig, ließ in seinem Rechenschaftsbericht noch einmal die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres Revue passieren. Dabei zog er eine zufriedenstellende Bilanz: so sei es im vergangenen Jahr gelungen eine neue Juso-AG in Gößweinstein, sowie die Kreisverbände Bayreuth-Land und Coburg-Land neu zu gründen. Insgesamt konnten die oberfränkischen Jusos seit ihrer letzten ordentlichen Bezirkskonferenz 180 Neumitglieder in ihren Reihen begrüßen.

180 Neumitglieder und einige Neugründungen - eine zufriedenstellende Bilanz aus 2008

Schwierig gestaltete sich hingegen zum Teil die Arbeit im Bezirksvorstand. Dies lag, so Jauernig, allerdings vor allem daran, dass die Vorstandsmitglieder in zunehmendem Maße auch Verantwortung in Funktionen der SPD übernehmen würden. Dies sei zwar zunächst eine begrüßenswerte Entwicklung, welche allerdings zu Lasten der „klassischen" Juso-Arbeit gehen würde.

Im Rahmen der Antragsberatung sprachen sich die Delegierten für mehr Chancengleichheit im bayerischen Schulsystem aus. Hierzu fordern sie u.a. die volle Lernmittelfreiheit an Schulen und Hochschulen, sowie mehr Lehrkräfte und kleinere Schulklassen. Weitere Anträge befassten sich u.a. mit der Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale, der Bewertung von Pflegeheimen und dem Schutz von ArbeitnehmerInnen im Fall der Insolvenz ihres Arbeitgebers.

Bei den Wahlen des Bezirksvorstandes wurde der bisherige Vorsitzende Oliver Jauernig mit 97 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Damit tritt der 29-jährige Abgeordnetenmitarbeiter aus Naila seine siebte Amtszeit an. Ebenfalls bestätigt wurden die beiden Stellvertreter Cindy Mikosch und Markus Tichai. Bei den Beisitzern gehören Antonia Bartl, Franziska Bartl, Sebastian Fischer, Jakob Horn, Christopher Michael und Nadja-Katharina Schinabeck weiterhin dem Bezirksvorstand an. Neu in das Gremium gewählt wurden Katrin Bucher, Sebastian Geiger, Benny Kießling, Jan Marberg und Isabel Zosig.

Landeskonferenz der Jusos Bayern in Neu-Ulm

Am Wochenende des 18./19. April 2009 fand die diesjährige Landeskonferenz der Jusos Bayern mit Neuwahlen in Neu-Ulm statt.

Dass es eine spannende Landeskonferenz werden würde, war allen Delegierten und Vorstandsmitgliedern klar: immerhin bewarben sich neben dem bisherigen Landesvorsitzenden Thomas Asböck mit Phillip Dees aus Mittelfranken und Marietta Eder aus Unterfranken gleich zwei weitere GenossInnen um den Landesvorsitz der Jusos Bayern. Im zweiten Wahlgang konnte sich schließlich Marietta Eder (Foto) mit 53 zu 50 Stimmen gegen Thomas Asböck durchsetzen. Eder ist in Oberfranken keine Unbekannte: so war sie früher Mitglied im Bezirksvorstand der Jusos Oberfranken, bevor sie nach Unterfranken wechselte. Seit 2004 gehört sie dem Landesvorstand an, von 2006 bis März 2009 war Marietta zudem Juso-Bezirksvorsitzende in Unterfranken. Die oberfränkische Delegation gratulierte Marietta Eder zu ihrer Wahl zur Landesvorsitzenden und sicherte ihr für das kommende Jahr ihre tatkräftige Unterstützung zu.

Bei den Wahlen zu den stv. Landesvorsitzenden wurde Markus „Buddah“ Tichai im Amt bestätigt. Die bisherige stv. Landesvorsitzende Jenny Scheffler trat nicht mehr an. Damit stellt der Bezirksverband Oberfranken künftig nur noch einen Stellvertreter.

Im Rahmen der Antragsberatung wurde der oberfränkische Antrag zur Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale von den Delegierten der Landeskonferenz mehrheitlich beschlossen. Die weiteren Anträge wurden an den Landesvorstand überwiesen.

ZITAT DER AUSGABE: Florian Pronold, MdB

Bayerns SPD-Landesgruppenchef Florian Pronold beim Politischen Aschermittwoch in Vilshofen über die Wankelmütigkeit von CSU-Chef Horst Seehofer.

Besser kann man die aktuelle Haltung von Seehofer nicht beschreiben, der die zuvor in Berlin mitgefassten Beschlüsse ignoriert und nun Regierung und Opposition gleichermaßen spielt.

„Wenn man die Umfallgeschwindigkeit von Horst Seehofer in Energie umsetzen könnte, könnten wir alle bayerischen Atomkraftwerke abschalten.“

EUROPAWAHL - Grußwort unseres Europakandidaten Carlo Stauch

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 7. Juni finden die Wahlen zum Europaparlament statt. Die SPD hat mich als oberfränkischen Kandidaten nominiert.

Ich bin 1965 in Lauenstein geboren, seit 14 Jahren verheiratet und habe einen zehn Jahre alten Sohn. Seit fünf Jahren lebe ich mit meiner Familie in Kronach. Von Beruf bin ich Politikwissenschaftler und arbeite als Büroleiter in einem Abgeordnetenbüro.

Als überzeugter Europäer möchte ich mit meiner Kandidatur daran mitwirken, dass sich die Europäische Union in die richtige Richtung weiterentwickelt und als heimatverbundener Oberfranke will ich dazu beitragen, dass die Interessen Oberfrankens künftig auch „in Europa“ besser vertreten werden.

Die Europawahl 2009 ist eine Richtungsentscheidung für Europa. Wir wollen sie zu einem Signal des Aufbruchs für ein starkes und soziales Europa machen. Dies ist unser Anspruch als Europapartei. Und es ist unser sozialdemokratisches Leitbild für die Europäische Union der Zukunft. Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung sein. Ein politisch starkes, wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Europa bietet eine enorme gestalterische Chance im globalen 21. Jahrhundert.

> „ Im Mittelpunkt der Politik muss wieder der Mensch stehen und nicht der Markt. Das geht nur mit der SPD und es geht nur mit Europa! “
>
> (Carlo Stauch)

Um diese Chance zu nutzen, muss die EU mehr Demokratie wagen. Die Kompetenzen des vom Volk gewählten Europaparlaments müssen ausgeweitet werden. Die Entscheidungsprozesse müssen transparenter werden. Die politische und soziale Dimension Europas darf der wirtschaftlichen Integration nicht länger hinterher hinken. Die Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik, die alles dem freien Spiel der Märkte überlassen will, muss aufhören. Dieser Ansatz ist kläglich gescheitert. Im Mittelpunkt der Politik muss wieder der Mensch stehen und nicht der Markt.

Oberfranken braucht vernünftige Rahmenbedingungen, um seine Chancen und Potentiale besser nutzen zu können. Die eklatante Benachteiligung unserer Region durch die CSU-Staatsregierung muss aufhören. Dies gilt auch für die Verteilung von Mitteln aus Berlin oder Brüssel, die immer über München läuft. Ich bin der Meinung, dass diejenigen, die diese Benachteiligung maßgeblich mit zu verantworten haben, nicht dafür auch noch mit einem Mandat vom oberfränkischen Wähler belohnt werden sollten.

Deshalb: Wählt Europa; wählt oberfränkisch! Helft mit, die Menschen in Oberfranken von unserer Politik zu überzeugen.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Euer
Carlo Stauch

Europäische Verkehrswege - Sackgasse Oberfranken?

Von Benny Kießling

Früher am Rande Europas gelegen ist Oberfranken mit dem Fall des Eisernen Vorhangs in die Mitte Europas gerückt. Es ist nicht nur eine wichtige Verknüpfungsstelle zwischen den (nicht mehr ganz so) neuen Bundesländern und der alten BRD sondern auch ein zentraler Transitbereich zwischen Westeuropa und dem ehemaligen Ostblock; insbesondere mit der Tschechischen Republik. Doch wie schaut es mit der Umsetzung aus?

Mit ihrem System der Transeuropäischen Netze im Transportbereich (TEN-T) hat die europäische Kommission ein Modell erschaffen, den Verkehr – insbesondere den Schienenverkehr - innerhalb der EU besser zu vernetzen. Drei dieser zentralen Strecken verlaufen mitten durch Oberfranken. Diese sind im Einzelnen:

- Die Hochgeschwindigkeitsstrecke Malmö-Palermo, welche die Neu - und Ausbaustrecke Nürnberg-Bamberg-Erfurt mit einschließt
- Die Eisenbahnmagistrale Athen-Prag-Wien-Nürnberg/Dresden mit dem Teilstück von Cheb nach Nürnberg
- Langfristig die Güterverkehrsachse Triest-Berlin (welche über die Naabtalbahn Regensburg-Hof verlaufen soll).

Von den hier genannten Strecken muss mit Ausnahme der Hochgeschwindigkeitsstrecke von Nürnberg nach Erfurt, welche zur Zeit stark vorangetrieben wird, festgestellt werden, dass in Oberfranken nichts vorangeht. Dies wird insbesondere auf der Strecke Cheb-Nürnberg von der EU-Kommission stark kritisiert.

© U. Richter / PIXELIO

Diese Strecke, welcher eine zentrale Rolle im Schienenverkehr zukommen soll, ist auf deutscher Seite nicht elektrifiziert, von Cheb bis Marktredwitz nicht einmal zweigleisig ausgebaut und in einem baulich sehr schlechten Zustand. Ebenso ist die Strecke Hof-Regensburg noch stark ausbaubedürftigt.

Insbesondere die beiden letztgenannten Strecken sind für Oberfranken von herausragender Wichtigkeit. Dies kann man schon erkennen, wenn man sich die jüngere Geschichte betrachtet. Vor nicht einmal 10 Jahren waren Marktredwitz und Hof noch Knotenpunkte des Fernverkehrs. Durch beide Städte verliefen die InterRegio/Schnellzug-Linien Nürnberg-Dresden und München-Hof(-Dresden), zusätzlich fuhren zwei tägliche EuroCity-Zugpaare von Dortmund über Nürnberg, Marktredwitz und Cheb nach Praha. Darunter leidet auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Oberfranken-Ost. Auch in Hinblick darauf, dass immer Unternehmen aus der Region sowohl nach Sachsen und Thüringen aber auch nach Tschechien (quasi einmal kurz über die Grenze, das ist dann auch für Handwerksbetriebe vertretbar), ist eine hochwertige Schienenanbindung mehr als überfällig.

Ein regionales Beispiel zeigt dies besonders: Die früher durchgehende Strecke von Oberkotzau nach Cheb, welche seit dem Bau des Eisernen Vorhangs zwischen den beiden Grenzbahnhöfen Selb-Plößberg und Aš unterbrochen ist. Seit der Wende werden Güter auf der Schiene nach Aš transportiert, dort auf LKW umgeladen und nach Deutschland weiter transportiert. Verkehrsströme werden also gebrochen und der transeuropäische Transport erschwert.

Fortsetzung: Europäische Verkehrswege - Sackgasse Oberfranken?

Die besondere Problematik besteht darin, dass mit Paris-Budapest eine weitere zentrale Strecke quer durch den Freistaat Bayern verläuft und die Staatsregierung sich voll hierauf konzentriert. Oberfranken bleibt hierbei (mal wieder) außen vor. Schließlich verbindet sich mit der Magistrale Paris-Budapest der Ausbau der Strecke München-Augsburg, die Anbindung des Münchner Flughafens und der Ausbau von München-Mühldorf als Entlastungsstrecke verbindet.

© Rainer Sturm / PIXELIO

Der Freistaat Bayern, der für die Prioritätensetzung ja schlussendlich verantwortlich ist, behandelt also die Projekte vor der eigenen Haustür mal wieder bevorzugt; dass Oberfranken dabei außen vor bleibt ist leider offensichtlich. Dies darf aber nicht sein. Die bayerischen Europaparlamentarier müssen auf einen zeitnahen zeitgemäßen Ausbau der oberfränkischen Eisenbahnstrecken hinwirken um somit Osteuropa noch besser in die „alte“ EU zu integrieren.

Für ein soziales Europa

Von Antonia Bartl

Die Europäische Union basiert auf dem Willen nach Frieden und auf der Hoffnung auf Wohlstand. Der wirtschaftliche Erfolg der europäischen Union und somit der wachsende Wohlstand in allen europäischen Staaten ist geglückt, nun muss das Wirtschaften eine soziale und politische Ordnung erlangen. Für ein soziales Europa fordern wir daher eine Balance zwischen der sozialen Integration und der Wirtschaft. Wir brauchen die Balance einer sozialen Wirtschaftsordnung um Europa gerechter gestalten zu können. Dort wo die Gestaltungskraft der Nationalstaaten in unserer globalisierten Welt mit an ihre Grenzen stößt, kann und muss Europa den freien Kräften des Marktes entgegenstehen und dem Wirtschaften soziale und ökologische Regeln geben.

Wir wollen ein starkes und soziales Europa, das über nationalstaatliche Grenzen hinweg ein Beispiel für politische Zusammenarbeit und Gestaltung ist. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde bereits Grundlage für ein demokratisches und handlungsfähiges Europa geschaffen. Deshalb ist es wichtig, dass der Vertrag baldmöglichst ratifiziert wird. Darüber hinaus fordern wir ein Europa der ArbeitnehmerInnen. ArbeitnehmerInnenrechte müssen gestärkt werden und ArbeiterInnen müssen das Recht auf Mitbestimmung im Unternehmen, z. B. bei einer Sitzverlegung, haben. Gleichzeitig fordern wir ein Europa der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik in der EU und fordern, dass die Europäische Union auf dem Gebiet der Anti-Diskriminierung die Rechtsetzung in Richtung eines umfassenden Schutzes weiterentwickelt.

Außerdem brauchen wir in Europa gemeinsame Ziele und Vorgaben für die nationale Sozial- und Bildungspolitik, wobei beim Gebiet der Sozialpolitik allerdings die Kernkompetenz in nationaler Hand bleiben muss. Denn obwohl nationale Reformanstrengungen besser mit der Europäischen Union koordiniert werden müssen, dürfen die historisch gewachsenen Unterschiede zwischen den einzelnen nationalen sozialen Sicherungssystemen in Europa nicht eingeebnet werden. Eine verbindliche Angleichung würde für unser, im Vergleich zu anderen (ost) europäischen Staaten, hochentwickeltes Sozialsystem einen erheblichen Rückschritt bedeuten.

Wir wollen das soziale Europa weiter ausbauen und somit in Europa ein Gleichgewicht zwischen gemeinsamer Wirtschafts-, Sozial-, Sicherheits- und Außenpolitik herstellen.

Für uns Jusos steht in Europa nicht der Markt, sondern der Mensch im Mittelpunkt. Mit der Europawahl 2009 besteht die Möglichkeit ein starkes und soziales Europa zu schaffen. Sie ist eine Richtungsentscheidung für Europa – für ein soziales Europa!

Jusos in der SPD

TERMINE II / 09

- 08. Mai: Bezirkskonferenz AsF Oberfranken
- 16. Mai: SPD-Bezirksparteitag
- 16. Mai: Buntes Warmensteinach
- 17. Mai: Tagesseminar Europa der Jusos Oberfranken
- 07. Juni: Europawahl
- 07. Juni: Delegiertenvorbesprechung für den Juso-Bundeskongress

Mai 2009

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
				1	2	3
4	5	6	7	Bezirkskonferenz AsF	9	10
11	12	13	14	15	SPD-Bezirksparteitag	TS Europa Jusos Ofrk.
18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31

Juni 2009

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
1	2	3	4	5	6	Europawahl
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30					

Eigene Notizen

Der Vertrag von Lissabon

Von Franziska Bartl

Während der deutschen EU – Ratspräsidentschaft unterzeichneten am 13. Dezember 2007 die europäischen Staats- und Regierungschefs den Vertrag von Lissabon und beendeten damit die mehrjährigen Verhandlungen über die institutionelle Reform der EU.

Am 24. April 2008 stimmte der Deutsche Bundestag mit mehr als zwei Drittel der Stimmen dem sogenannten Ratifizierungsgesetz zum Vertrag von Lissabon zu.

Der Vertrag von Lissabon— Chance für ein demokratischeres, transparenteres, effizienteres und gerechteres Europa

Auch die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sprachen sich in den vorangegangenen Debatten für den Vertrag von Lissabon als Chance für ein demokratischeres und transparenteres Europa aus und nahmen das Ratifizierungsgesetz zum Vertrag von Lissabon mit 211 von 211 abgegebenen Stimmen an.

Im Folgenden stellt sich die Frage nach den konkreten Ergebnissen des Lissabon-Vertrages und den daraus resultierenden Folgen und Chancen für ein demokratischeres Europa:

Die EU als Werte- und Rechtsgemeinschaft

Der Vertrag von Lissabon ersetzt die bestehenden Verträge nicht – er ändert sie lediglich ab. Durch den neuen Vertrag erhält die Europäische Union den rechtlichen Rahmen und die Mittel, die notwendig sind, um künftige Herausforderungen zu bewältigen und auf die Bedürfnisse der Bürger einzugehen: Dabei erleben wir einen wichtigen Entwicklungsschritt: Nachdem sich die europäische Union schon einige Zeit als Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts versteht, sind jetzt in Art. 2 des EU – Vertrages die Werte aufgeführt, auf die sich die Union stützt. Dies sind Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und die Achtung der Menschenwürde. Diese Ziele dienen als Richtschnur für die europäischen BürgerInnen und zeigen darüber hinaus, was Europa seinen internationalen Partnern anbieten kann. So bekommt die EU durch den Vertrag von Lissabon die Chance einer Entwicklung von einer Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einer Wertegemeinschaft. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig zu wissen, dass durch den Vertrag von Lissabon auch erstmals die Freiheiten und Grundsätze, die in der Charta der Grundrechte verankert sind, die so für die Institutionen der EU garantiert werden und denen damit Rechtsverbindlichkeit eingeräumt wird. Der Vertrag baut auf bestehenden Rechten auf und führt neue Rechte ein. Dies betrifft insbesondere politische, wirtschaftliche, soziale und Bürgerrechte.

Des Weiteren wird im Vertrag von Lissabon für jeden Tätigkeitsbereich genau festgesetzt, wer zum Handeln befugt ist, die europäische Union oder die Mitgliedsstaaten. Dabei werden allgemein drei Zuständigkeitsbereiche unterschieden:

Innerhalb der ausschließlichen Zuständigkeiten hat nur die Union Gesetzgebungsbefugnis in Bereichen wie der Zollunion, der gemeinsamen Handelspolitik oder im Wettbewerb.

Bei Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen kann die Union die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zum Beispiel durch Finanzhilfen lediglich unterstützen. Hier stehen vor allem Bereiche wie Kultur, Bildung oder Industrie im Mittelpunkt.

Für alle anderen Bereiche, zum Beispiel beim Umweltschutz, beim Verkehr und beim Verbraucherschutz gilt die geteilte Zuständigkeit. Hier teilen sich die Union und die Mitgliedstaaten die Zuständigkeiten gemäß dem Subsidiaritätsprinzip.

Nachdem sie der Europäischen Union beigetreten sind, bleiben die Staaten freiwillig Mitglieder. Der Vertrag von Lissabon enthält eine Klausel, die den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein-

IMPRESSUM

Das *Rote Bläddla* ist eine Publikation der Jusos Oberfranken.

V.i.S.d:P: Oliver Jauernig , c/o SPD
Moltkestraße 18
95028 Hof

Druck:: Eigendruck

Jusos in der SPD

Du findest uns auch im Web:
www.jusos-oberfranken.de

Die Jusos Oberfranken sind der Jugendverband innerhalb der oberfränkischen SPD. Wir sind oberfrankenweit in fünf Unterbezirken, zahlreichen Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften aktiv. Mitmachen kann bei uns jede/r, der /die zwischen 14 und 35 Jahren alt ist.

Wenn du also Lust hast, selbst aktiv zu werden, dich und deine Ideen mit einzubringen, dann schau doch einfach mal bei den Jusos vor Ort vorbei - oder melde dich bei uns über unsere Homepage. Gleiches gilt natürlich, wenn du Informationsmaterial zu unserer Arbeit und verschiedenen Themenbereichen erhalten möchtest.

Wir würden uns freuen von dir zu hören. Denn: Politik ist zu wichtig, um sie nur den „Alten“ zu überlassen!

Fortsetzung: Der Vertrag von Lissabon

räumt, freiwillig aus der EU auszutreten.

Stärkung der Parlamente

Durch den Vertrag von Lissabon werden die Parlamente gestärkt. So werden sowohl die nationalen Parlamente, sowie aber auch das europäische Parlament eine größere Rolle spielen.

Die Kompetenzen des direkt gewählten Europäischen Parlaments werden in Bezug auf die Gesetzgebung, den Haushalt und internationale Übereinkommen erweitert. Durch die Ausdehnung des Mitentscheidungsverfahrens bei der Beschlussfassung wird zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat bei einem erheblichen Teil der EU-Rechtsvorschriften Gleichberechtigung bestehen.

Die stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente wird durch eine stärkere Einbindung in die Arbeit der EU garantiert. In Zukunft wird noch mehr darauf geachtet, dass die Europäische Union nur dann tätig wird, wenn auf ihrer Ebene bessere Ergebnisse erzielt werden können. Die Einhaltung dieses „Subsidiaritätsprinzips“ wird mit Hilfe einer neu geschaffenen Regelung verstärkt kontrolliert. Dies und die Tatsache, dass auch das Europäische Parlament mehr Gewicht erhält, wird für einen Zuwachs an Demokratie und Legitimität in der Funktionsweise der EU sorgen. Ein Fortschritt ist zum Beispiel die Ausweitung der Rechte der Opposition im Deutschen Bundestag. Diese kann, wenn sie über ein bestimmtes Quorum der Mitglieder des Deutschen Bundestages verfügt, mit der Subsidiaritätsklage gegen europäische Vorhaben vorgehen. Außerdem wird für eine Transparenz im Ministerrat gesorgt, indem sich die Parlamente der einzelnen Mitgliedsstaaten, sowie ihre BürgerInnen künftig direkt über das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder informieren können.

Mehr Mitspracherecht

Den BürgerInnen der Europäischen Union stehen bereits zahlreiche Instrumente zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, sich zu informieren und am gemeinschaftlichen politischen Prozess teilzunehmen. Neu hinzu kommt jetzt die Bürgerinitiative. Dieses neue Initiativrecht sieht vor, dass mindestens eine Million Bürger aus verschiedenen Mitgliedstaaten die Kommission auffordern kann, einen Vorschlag im Rahmen der Zuständigkeitsbereiche der Europäischen Union vorzulegen und sich mit gewissen, die Bevölkerung bewegenden, politischen Themen und Proble-

Fortsetzung: Der Vertrag von Lissabon

matiken auseinanderzusetzen.

Sicherheit für alle

Die EU erhält durch den Lissabon – Vertrag mehr Kompetenzen in den Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht, wodurch ihre Fähigkeit zur Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung erheblich gestärkt wird. Neue Bestimmungen zum Zivilschutz, zur humanitären Hilfe und zur öffentlichen Gesundheit zielen ebenfalls darauf ab, die EU im Falle von Anschlägen auf die Sicherheit europäischer BürgerInnen noch handlungsfähiger zu machen.

Durch eine Zusammenfassung aller außenpolitischen Instrumente der EU sowohl bei der Entwicklung neuer Strategien als auch bei der Entscheidungsfindung soll eine bessere Vertretung der EU in der Welt erreicht werden. Durch den Vertrag von Lissabon kann Europa in den Beziehungen zu seinen internationalen Partnern eine klare Position einnehmen. Mit dem Vertrag werden die wirtschaftlichen, humanitären, politischen und diplomatischen Stärken Europas zur Förderung der europäischen Interessen und Werte weltweit nutzbar gemacht, wobei die besonderen außenpolitischen Interessen der Mitgliedstaaten gewahrt bleiben.

Ein neuer Hoher Vertreter für die Europäische Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, gleichzeitig Vizepräsident der Europäischen Kommission, wird den Einfluss, die Stimmigkeit und die Wahrnehmbarkeit der Außenpolitik der EU erhöhen.

Ein neuer Europäischer Auswärtiger Dienst wird den Hohen Vertreter in seiner Arbeit unterstützen.

Wenn die Europäische Union Rechtspersönlichkeit erhält, vergrößert sich dadurch ihre Verhandlungsmacht, so dass sie auf internationaler Ebene effizienter auftreten kann und für Drittländer und internationale Organisationen als Partner greifbarer wird.

© Monika Albert / PIXELIO

Durch Fortschritte in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird es zwar weiterhin besondere Beschlussfassungsregeln geben, doch wird gleichzeitig der Weg geebnet für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen kleineren Gruppen von Mitgliedstaaten.

Fazit

Der Vertrag von Lissabon bietet eine Vielzahl von Chancen für eine positive Entwicklung der europäischen Union. Durch ihn werden gemeinsame Werte und Rechte verbindlich und der EU gelingt der Schritt von einem gemeinschaftlichen Wirtschaftsraum zu einer Werte- und Rechtsgemeinschaft. Dabei spielt nicht nur die Verankerung der Charta der Grundrechte eine große Rolle, sondern auch die Möglichkeit für die BürgerInnen der EU durch Bürgerinitiativen und besseres Nachvollziehen der Arbeit des Ministerrates mehr Mitbestimmung auszuüben. Dass daneben ebenso die nationalen Parlamente durch die Möglichkeit einer Subsidiaritätsklage, sowie die genaue Festlegung der Tätigkeitsbereiche der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gestärkt werden, ist ein weiterer Fortschritt der europäischen Union. Eine gemeinsame und verbindlich geregelte Außen- und Sicherheitspolitik unterstreicht dies noch.

Der Vertrag von Lissabon muss also insgesamt als wichtiger Schritt für die europäische Einigung gesehen werden. Wir Sozialdemokraten – auf Bundes-, wie auch auf europäischer Ebene unterstützen diesen Schritt in ein demokratischeres Europa!

Jusos in der SPD

EUROPAQUIZ

1. Wie viele neue Staaten wurden 2004 bei der sog. „Osterweiterung“ neu in die EU aufgenommen?

R) acht
T) neun
V) zehn

2. Wie viele Gründungsmitglieder hatte die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl?

A) drei
E) sechs
U) neun

3. Die Flagge welches Mitgliedslandes der EU ist hier abgebildet?

R) Lettland
S) Polen
N) Dänemark

4. Wie groß ist der Haushalt der Europäischen Union?

F) ca. 126 Mrd. Euro
G) ca. 245 Mrd. Euro
L) ca. 394 Mrd. Euro

5. Wie viele Einwohner hat unser Nachbarland Tschechien?

S) 8,5 Mio.
A) 10,3 Mio.
E) 12,1 Mio.

6. Welcher Mitgliedsstaat der EU hat die wenigsten Einwohner?

S) Malta
R) Luxemburg
L) Zypern

7. Wie heißt der deutsche EU-Kommissar?

R) Frank-Walter Steinmeier
E) Joschka Fischer
S) Günter Verheugen

EUROPAQUIZ– Was weißt du über die Europäische Union???

8. Welches Land ist kein EU-Beitrittskandidat?

E) Türkei
H) Kroatien
U) Montenegro

9. Die letzte Erweiterung fand mit der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens statt. Wann war das?

I) 01.01.2005
L) 01.01.2006
N) 01.01.2007

10. Wie heißt die Europahymne?

R) „Die Internationale“
G) „Ode an die Freude“
T) „Europalied“

Wenn Du das Lösungswort herausgefunden hast, dann schicke es unter Angabe von Name, Vorname und Anschrift per E-Mail an

oliver_jauernig@yahoo.de .

Unter allen richtigen Einsendungen wird ein Preis verlost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen!

EINLADUNG ZUM TAGESSEMINAR „EUROPA“ DER JUSOS OBERFRANKEN

DU möchtest mehr über Europa erfahren?

DU hast erkannt, dass Europa wichtig für uns und unseren Alltag ist?

DU möchtest einmal persönlich mit dem Europakandidaten Carlo Stauch über seine Ziele und Vorstellungen für Europa diskutieren?

Dann nichts wie hin zum Tagesseminar „Europa“ der Jusos Oberfranken. Das Seminar findet am **Sonntag, den 17. Mai 2009** von **10:30 Uhr bis 17:00 Uhr** in **Kronach** statt.

Im Rahmen dieses Seminars wollen wir Dir den Aufbau und die Funktionsweise der Europäischen Union und deren Bedeutung für uns und unser Land aufzeigen. Wir wollen mit Dir zusammen über unsere Vorstellungen für ein soziales und gerechtes Europa diskutieren. Für diesen Punkt stehen Dir auch die Europakandidaten der Oberfranken-SPD Carlo Stauch und Oliver Jauernig zur Verfügung.

Das Seminar richtet sich an alle politisch interessierten Jugendlichen, die sich einmal intensiver mit der Europäischen Union auseinandersetzen wollen.

Wenn Du Interesse hast, an dem Seminar teilzunehmen, dann melde Dich mit nebenstehendem Formular an. Gerne kannst Du Dich auch über die Homepage der Jusos Oberfranken oder per E-Mail an oliver_jauernig@yahoo.de anmelden.

Die Teilnahme am Seminar ist - wie bei den Jusos üblich - natürlich kostenfrei. Fahrtkosten werden bis Deutsche Bahn, 2. Klasse, gegen Vorlage des Fahrscheins im Laufe des Seminars erstattet.

Die Anwesenheit wird für die gesamte Dauer des Seminars erwartet.

Wir würden uns freuen, Dich zu diesem Seminar in Kronach begrüßen zu können.

Deine Jusos Oberfranken

ANMELDUNG

Hiermit melde ich mich verbindlich für das Tagesseminar „Europa“ der Jusos Oberfranken an, welches am Sonntag, den 17. Mai 2009, in Kronach stattfindet.

Name: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: ____ . _____ . 19 ____

Anschrift: _____

PLZ, Ort: _____ - _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

Anmeldeschluss ist Freitag, der 15. Mai 2009. Die ausgefüllte und unterschriebene Anmeldung bitte einsenden an:

Jusos Oberfranken, Oliver Jauernig, Moltkestraße 18, 95028 Hof / Saale